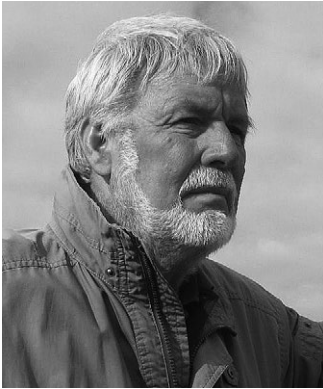


Rolf Ludwig Schön

## Hundert Jahre Groß-Berlin: das gefährdete Vermächtnis



Gebietsreformen, so unumgänglich sie auch sein mögen, haben ihre Tücken. Im Zuge großer baulicher Veränderungen war im Umland Berlins in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein für preußische und deutsche Verhältnisse riesiger Ballungsraum mit 3,8 Millionen Einwohnern entstanden. Technischer Fortschritt, Industrialisierung und ein dramatisches Bevölkerungswachstum hatten in wenigen Jahrzehnten neue Wirklichkeiten geschaffen. Anders als im ausgedehnten Ruhrgebiet grenzten Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln nahtlos an Berlin an. Die 1920 beschlossene Fusion sollte Gebietskörperschaften vereinen, die längst eng miteinander verflochten waren. In der Verkehrsplanung zum Beispiel arbeitete man schon gut zusammen.

Aber was da vereinigt werden sollte, bestand aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen. Die sozialen Gegensätze waren enorm. Einige der größten Industriestandorte des Kontinents mit 750.000 Industrie-Arbeitsplätzen (1920), Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Armut sollten mit bisher selbstständigen, wohlhabenden Wohnstädten und hochherrschaftlichen Villenkolonien zu einer mächtigen Einheitsgemeinde verschmolzen werden.

### Das Vermächtnis von 1920

Die Vorteile enger Kooperation bei Verkehr, Bauplanung und Grünflächen ließen sich leicht vermitteln, diesen Fortschritt wollten alle. Entsprechend gut funktionierte die Zusammenarbeit im Zweckverband Groß-Berlin, in dem sich zwischen 1912 und 1920 sieben Städte und zwei Landkreise mit ihren Planungen abstimmten. Der nächste Schritt jedoch, aus einer gemeinsamen Mitte zu regieren, zu verwalten und planen, war in den besser gestellten westlichen Vorstädten höchst unpopulär. Denn Einheitsgemeinde bedeutete Solidargemeinschaft und Finanzausgleich – gemeinsame Zahlungen nicht nur für Infrastruktur, sondern auch für die hohen Soziallasten. Groß-Berlin stand also vor zwei grundsätzlichen Herausforderungen:

**Erstens:** Das reibungslose und effiziente Funktionieren einer äußerst heterogen strukturierten Metropole sicherzustellen. Das politische Spektrum reichte in den 20 Bezirken von erzkonservativ und kaisertreu bis zu revolutionär-kommunistisch. Das Rot des Berliner Rathauses (von den roten Ziegeln) war für viele in der jungen Republik ein sozialistisches, ja feindliches Rot.

**Zweitens:** In Politik und Verwaltung, aber auch in der Stadtgestaltung die ungewohnte, solidarische Einheitsgemeinde sichtbar zu machen. Es galt eine Stadt zu formen, mit der sich

möglichst alle Bürger identifizieren konnten. Die Lage der Benachteiligten musste daher dringend mit Wohnungen, Schulen, Sozial- und Kulturbauten verbessert werden.

Was immer man daneben aus dem Groß-Berlin-Gesetz und dem Aufbruch der zwanziger Jahre herauslesen mochte, diese zwei Aufgaben – erstens eine organisatorische und funktionale und zweitens eine stadtgestalterische und gesellschaftliche – bildeten die Grundlagen der Agenda. Erste Aufgaben nach der Stadterweiterung waren „Zusammenführen“ und „alle Einbinden“. Ein drittes Vermächtnis soll hier noch gesondert angeführt werden: der kommunale und soziale Wohnungsbau, für den sich in herausragender Weise Martin Wagner als Berliner Stadtbaurat eingesetzt hat. Auch hier geht es letztendlich um den Kontext mit der Stadt.

Berlin sollte sich bei der Hundert-Jahr-Feier bewusstmachen, dass diese drei Vermächtnisse bis heute unerfüllt geblieben sind. Die schlecht regierte, schlecht verwaltete und mit 58 Milliarden Euro hoch verschuldete Stadt braucht neben ihrer Verfassung bessere Regeln für die Zusammenarbeit ihrer Behörden innerhalb der zweistufigen Berliner Verwaltung (Senats- und Bezirksebene). Zudem fehlt es bei der städtebaulichen Darstellung der Einheitsgemeinde. Ost und West haben noch nicht zusammengefunden. Die Stadt besitzt keine von allen akzeptierte gemeinsame Mitte. Das isoliert stehende Rathaus oder gar das Humboldt Forum können ein politisches Stadt- und Bürgerzentrum nicht ersetzen. Auch die zwölf Bezirke mit Bürgermeister, Bezirksverordneten und Rathaus haben keine erkennbaren Zentren. Und schließlich: Berlin muss seinen reduzierten kommunalen Wohnungsbau wieder in Schwung bringen. Ohne einen eigenen großen Wohnungsbestand geht es nicht.



## Dringend: die Verwaltungsreform

Ein entscheidender Schwachpunkt Groß-Berlins war und ist bis heute die teilweise grotesk schlechte Zusammenarbeit zwischen Senat und den mittlerweile 12 Verwaltungsbezirken. Senat und Bezirke mit heute rund 108.000 Beschäftigten schieben dringend benötigte Reformen seit Jahrzehnten vor sich her. Obwohl die Defizite z.B. bei Wohnungsbau, Baugenehmigungen, bei der Ausstellung von Urkunden, KFZ-Zulassungen, Eintreiben von milliardenhohen Außenständen und einer für alle Bezirke einheitlichen EDV offensichtlich sind, setzt man immer wieder („Berlin braucht dringend eine Radikalkur!“) zu einer neuen Verwaltungsreform an. Alle sehen, dass es so nicht weitergehen kann, aber die Stadt wurschtelt mit unklaren Zuständigkeiten, mangelhafter Digitalisierung, schlecht ausgebildetem und überaltertem Personal weiter vor sich hin. Das alles belastet auch die Stadtentwicklung und den dringend zu forcierten Wohnungsbau! Bei einem jährlichen Zuzug von zirka 40.000 Personen und einem geschätzten Bedarf von 194.000 (ehrlicher wären 250.000 bis 300.000) Wohnungen bis 2030 drängt die Zeit.

Gewiss war die Vereinigung der Verwaltung nach dem 3. Oktober 1990 eine Mammutaufgabe. Aber jetzt fast 30 Jahre später und angesichts großer Entwicklungsschübe gibt es hohen Handlungsbedarf, denn bald könnte es wie zuletzt 1942 wieder 4,5 Millionen Einwohner geben. Am 12. Juni 2018 lag der knapp 100-seitige Abschlussbericht „Berlin braucht eine leistungsstarke Verwaltung“ einer zwölfköpfigen Expertenkommission der Stadtspitze vor.<sup>1</sup> Ohne hier ins Detail zu gehen, müssen zwischen der regierenden Hauptverwaltung und den Bezirksverwaltungen klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten vereinbart sein. Um eine effiziente gesamtstädtische Steuerung sicherzustellen, muss die Fachaufsicht über die Bezirke beim Senat liegen. Der Einfluss der Bezirksbürgermeister gegenüber den Bezirksstadträten muss gestärkt werden. Die Richtlinienkompetenz gehört dort zum Bürgermeister. Die jeweils vier Bezirksstadträte müssen nicht nur politisch gewollt sondern auch fachlich geeignet sein. Sie sollten von einem Drittel der Bezirksverordneten abgewählt werden können (bisher zwei Drittel).

Örtliche Verwaltungsvorgänge, wie z.B. Bauanträge, sollten in allen 12 Bezirken einheitlich bearbeitet werden. Eine zentrale Geschäftsstelle, die sich um alle wichtigen Baugenehmigungen kümmert, ist im Gespräch. Für die ausgedünnten Bauämter will man 100 zusätzliche Ingenieure und Architekten einstellen. Noch unterscheiden sich die administrativen Abläufe von Bezirk zu Bezirk. Die Warte- und Bearbeitungszeiten sind überdurchschnittlich lang. Stundenlanges Anstehen gehört in den Bürgerämtern zum Alltag. Ein wichtiger Punkt ist die Gewinnung neuer Mitarbeiter und deren angemessene Bezahlung. In nächster Zeit scheiden rund 35.000 Bedienstete aus Altersgründen aus und es fällt schwer, diese zu ersetzen. Die Reform empfiehlt eine zentrale Personalgewinnung.

Haupt- und Bezirksverwaltungen brauchen dringend eine leistungsfähige, einheitlich organisierte EDV. Die verbesserte Digitalisierung soll es ermöglichen, dass Bürger und Firmen Auskünfte und Verwaltungsvorgänge (Anträge, Genehmigungen) auch online erhalten und erledigen können. Da die regierende Koalition sich in vielen Punkten nicht einig ist, wird die Reform dauern.

## Gründerzeit und neues Wohnen

Die seit dem 19. Jahrhundert schon bestehende Wohnungsnot war eine gewaltige Belastung für die politisch noch ungefestigte Republik. Es mussten dringend neue und bezahlbare Wohnungen her. Besonders in den östlichen Arbeiterbezirken Berlins war die Not groß. Martin Wagner, der spätere Stadtbaurat von Berlin (1926 bis 1933) engagierte sich schon vor dieser Zeit stark für den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Auf seine Initiative hin wurden die ersten vorgefertigten Wohnbauten errichtet. Als Architekt plante er auch ganze Wohnsiedlungen. Nachfolgend wird der städtebauliche Kontext des Wohnens herausgestellt.

Im Hinblick auf die solidarische Einheitsgemeinde sind funktionierende Nachbarschaften und lebendige Stadtquartiere Grundvoraussetzungen für ein gedeihliches Miteinander, für Inklusion und Integration. Die von James Hobrecht und seinem Fluchtlinienplan von 1862 überlieferten Gründerzeit-Quartiere waren wegen ihrer Dichte und Überbelegung nach 1918 bei den tonangebenden Planern und Architekten als Mietskasernenstadt („steinernes Berlin“) in Verruf geraten. Blockrandbebauung, einheitliche Traufhöhe, Vorderhaus, Hinterhaus, teilweise mit begrüntem, aber auch mit mehreren engen Hinterhöfen, sind bis heute die Merkmale der meisten innerstädtischen Quartiere. Erst nach einigen Umwegen entdeckte man viel später deren Vorteile. Stichwort: „die Berliner Mischung“.

Den von 1919 bis 1934 von namhaften Architekten errichteten modernen, hellen und freundlichen Stadtrand-Siedlungen fehlte diese Mischung. Was damals ein Fortschritt, ja geradezu eine Befreiung war, lässt sich heute etwas distanzierter betrachten. Vorbildliche Projekte wie die Hufeisensiedlung in Britz (Bruno Taut, Martin Wagner), die Weiße Stadt in Reinickendorf (Ahrends, Büning und Salvisberg) und die Großsiedlung Siemensstadt in Charlottenburg (Martin Wagner, Hans Scharoun u.a. mit Gropius, Bartning und Häring) sind 2008 zu Recht zum UNESCO-Welterbe erklärt worden. Aber ihre wenig reflektierte Weiterentwicklung nach dem 2. Weltkrieg haben unseren Städten und deren Bemühungen, lebendige und zusammenführende Stadträume zu schaffen, schwer geschadet.

Beim Wiederaufbau nach 1945 dominierten aufgelockerte Planungen, die autogerechte Stadt, große Wohnsiedlungen und eine nüchtern-sachliche Architektursprache. Noch immer wollte man sich von den dichten Gründerzeit-Quartieren absetzen.

Fast gleichzeitig mit den ersten großflächigen Altbauabrissen in Kreuzberg in den 1960er Jahren begann die kritische Auseinan-

<sup>1</sup> [www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.710823.php](http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.710823.php)



dersetzung mit der Nachkriegsmoderne. Alexander Mitscherlich<sup>2</sup> und Jane Jacobs<sup>3</sup> bildeten die Vorhut. Andere Mahner<sup>4</sup> folgten – Bücher, Artikel, Symposien, Diskussionen –, doch es änderte sich wenig. Stadtplaner, Architekten, Bauwirtschaft, aber auch Medien und Gesellschaft hatten auf das falsche Vermächtnis gesetzt. Licht, Luft und Abstände galten mehr als dichte, pulsierende Stadt.

Die führenden Architekten schwelgten in Entwurfsfreiheit und egozentrischer Kreativität. Sich in einen städtebaulichen Kontext einzufühlen, galt als wenig originell. Abheben, sich gegen das Alte stellen, versprach Anerkennung. Bauträger, Investoren, Wohnungsbaugesellschaften setzten auf einseitige Nutzungen – hier Büros, da Wohnungen, dort Flachbauten für Wohnfolgeeinrichtungen. Einige Stadtbauräte haben zwar klug und wortgewaltig Neuerungen angekündigt, aber gefangen in Gesetzen und Regelwerken blieb das alte Ordnungsdenken weiterhin bestimmend.

Die mittlerweile beliebten Gründerzeit-Quartiere führten der verwunderten Republik vor Augen, dass modernes Stadtleben auch in dichter Bauweise möglich war. Der spätere Run auf Prenzlauer Berg war dann der endgültige Beweis für die berechtigten Zweifel an der aufgelockerten Licht-und-Luft-Moderne. Voraussetzung für diese Popularität waren jedoch geringere Wohnungsbelegung und gestiegener Lebensstandard. Heute hat man dort Platz und mehr Komfort. Früher war das anders.

Obwohl aller Orten von Urbanität, belebten Innenstädten, Sozial- und Nutzungsmischung gesprochen wurde, zögerten Stadtentwickler, Architekten, Bauträger und Investoren. Selbst die 2017 in der Baunutzungsverordnung eingeführten „Urbanen Gebiete“ mit der Möglichkeit, Wohnen und Gewerbe enger zu vermischen, scheinen bis heute keine große Begeisterung auszulösen. Nutzungsmischung heißt Mehrarbeit und höhere Kosten und ist nicht beliebt. Da reden Investoren und Wohnungswirtschaft schon mal verärgert von „Nutzungsmixdiktat“.

## Zurück zur Stadt: die Kritische Rekonstruktion

140 Jahre nach dem Hobrecht-Plan, 65 Jahre nach der Hufeisensiedlung und 25 nach Mitscherlich und Jacobs wurde Hans Stimmann 1991 im gerade wiedervereinigten Berlin Senatsbaudirektor. Was mit der Beendigung der Kahlschlagsanierung 1982 in Kreuzberg und der IBA 1984-87 mit Hardt-Waltherr Hämer und Josef Paul Kleihues begann, wurde jetzt zur offiziellen Stadtpolitik: behutsame Stadterneuerung und Kritische Rekonstruktion.

Nach der Wende galt es jedoch, die im Investoren-Rausch eu-

phorisch gestimmte Stadt auf dem Boden einer Ost und West vereinenden, geordneten Stadtentwicklung zu halten. Das von Stimmann entwickelte und erst 1999 vom Senat verabschiedete städtebauliche Leitbild „Planwerk Innenstadt“ war die Antwort. Insbesondere bei Architekten und Investoren sorgte das für heftige Kritik. Überwiegend machte sich aber Genugtuung breit, dass auch die vormoderne Berliner Bau- und Planungsgeschichte endlich gewürdigt wurde. Modernes Bauen war weiterhin möglich, musste sich jedoch im Hinblick auf den städtebaulichen Kontext an strengere Regeln halten.

Heute müssen wir erkennen, dass solche Leitbilder und Masterpläne, so notwendig und nützlich sie auch waren, vielfach nicht zum Ziel führten. An markanten Plätzen und Begegnungsorten, beim Kulturforum, dem Umfeld des Humboldt Forums oder bei der gesamtstädtischen hohen Rathausmitte, muss der „unscharfe“ Masterplan sozusagen „scharf gestellt“ werden und auch für Nutzung und Betrieb mit präzisen Vorgaben den für die Stadt gewünschten Charakter sicherstellen. Hier nur bauliche Strukturen, innerstädtische Dichte und einiges zur Gestaltung vorzugeben, greift zu kurz. Wie viel Wohnungen, Einzelhandel, Gastronomie, Büros und öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken, Volkshochschulen, Jugendclubs, Theater und Museen befinden sich an diesen Orten? Hält man sich dort gern auf? Sind es Begegnungsorte? Welche Bedeutung, Symbolik und Erinnerungskultur haben diese öffentlichen Räume? Fördern sie Identifikation und Zugehörigkeit?

Das alles lässt sich beeinflussen und steuern! Wenn Politik und Planungsverwaltung das aber nicht beachten, werden die Flächen und Räume von den üblichen Anbietern gefüllt – von System-Gastronomie, Filialisten und attraktiven Shopping-Malls (in Berlin derzeit 67, mit steigender Tendenz). Der Kommerz okkupiert die besten Lagen und prägt so das Gesicht der Stadt. Geschickte Liegenschaftspolitik und wohl vorbereitete Konzeptvergabe bieten im Verbund mit anderen Instrumenten gute Möglichkeiten, die öffentlichen Interessen des Quartiers, des Bezirks oder der Gesamtstadt zu wahren. Für die Gestaltung wichtiger gesellschaftlicher Begegnungsorte könnte sich die politische Führung zudem für stadteneigene Entwicklungs- und Betriebs-GmbHs mit fähiger Geschäftsführung entscheiden (wie DomRömer GmbH Frankfurt oder HafenCity Hamburg GmbH). Gelingt es ihr noch, einige Schlüsselgrundstücke im Zuge des Erbbaurechts bebauen zu lassen, hätte sie Gestaltungswerkzeuge, die den Planern eine hervorragende Steuerung ermöglichen. Das alles berührt auch den Wohnungsbau, da Erscheinungsbild, Nutzungsmischung und soziale Balance der angrenzenden öffentlichen Räume dessen Qualität entscheidend mitbestimmen.

## Das Berliner Stadt-Quartier

Die in Berlin stark vertretenen Start-up-Unternehmen und das zunehmende Angebot an Coworking-Spaces verändern die in den Quartieren schon vorhandene Kreativwirtschaft. Man

2 „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ 1965

3 „The Death and Life of Great American Cities“ 1961 (deutsch: 1963)

4 Wolf-Jobst Siedler: „Die gemordete Stadt“, Hans Paul Bahrdt: „Humaner Städtebau“, Aldo Rossi: „Die Architektur der Stadt“ und Robert Venturi: „Komplexität und Widerspruch in der Architektur“



spricht mittlerweile von „Produktiven Quartieren“ bzw. „Produktiver Stadt“. FabLabs mit 3D-Druckern, Quartierwerkstätten, kleine Manufakturen, Repair Cafés, Ateliers und Agenturen siedeln sich zwischen Wohnungen, Einzelhändlern und bunter Lokalszene an. Junge Start-up-Unternehmen schätzen und suchen solche lebendigen Viertel.

Das befördert die Vision von ausbalancierten Quartieren, die wie ein Biotop für sich selbst sorgen können. Dort bekommt man alles, was man für den normalen Alltag braucht. Das direkte Wohnumfeld kann Züge eines erweiterten Wohnzimmers annehmen. Funktionieren Nachbarschaften und soziale Kontrolle, entstehen sichere öffentliche Räume mit geringer Polizeipräsenz. Gibt es ausreichend öffentliche Verkehrsmittel und sichere Fahrradwege, wäre es möglich, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Die neuen „Urbanen Gebiete“ können solche Milieus stützen. Der Wohnungsbau und die Idee der solidarischen Einheitsgemeinde würden von dichten, durchmischten Strukturen profitieren. Das setzt aber voraus, dass Politik und Verwaltung das aktiv unterstützen. Wenn die Berliner etwas zusammenrücken, mehr und kleinere Wohnungen bauen, weniger Auto fahren, käme das nicht nur dem Wohnen zugute, sondern auch der Umweltbilanz, dem niedrigeren Energieverbrauch und einer Stadt der kurzen Wege. Intensiviert sich das Zusammenleben, könnte sich das soziale Klima verbessern. Stadtentwickler, Architekten und Investoren müssen allerdings lernen, besser mit solchen „Biotopen“ umzugehen und sie ggf. ohne Altbaubestand völlig neu zu entwickeln. Warum sollte das nur bei Nachverdichtungen oder im Bereich des „Planwerks Innenstadt“ möglich sein? Viele der Gründerzeitviertel wurden – nicht nur in Berlin – hinaus ins freie Feld gebaut.

## Jubiläums-Ausblick

Was also muss sich das zukunftsorientierte Berlin zur kommenden Hundert-Jahr-Feier fragen?

- **Hat die Stadt endlich eine effektive und leistungsfähige Verwaltung?** Das heißt: Ist die Stadt handlungsfähig – können Politik und Verwaltung Zukunft gestalten?
- **Verfügt Berlin in seiner Mitte, in den 12 bzw. 23 vormaligen Bezirken und seinen 96 Ortsteilen über signifikante und attraktive Gesellschafts- und Begegnungsorte?** Das heißt: Ist die Stadt fähig, ihre Bewohner zu integrieren, sie zu Bürgern zu machen?
- **Wie steht es um den Wohnungsbau und die durchmischten Berlin-typischen Quartiere?** Das heißt: Ent stehen lebendige Wohnmilieus, mit Zugehörigkeit, Teilhabe und kurzen Wegen?

Die effektive und einheitliche Verwaltung, dazu die Zentren und drittens der Wohnungsbau, alles passt zum Thema „Einheitsgemeinde“ oder besser „solidarische Einheitsgemeinde“. 1920 mit Groß-Berlin und der jungen Weimarer Republik waren das Neuerungen, die man politisch noch verdauen muss-

te. Hat Berlin mittlerweile daraus gelernt und die angestrebte Einheit endlich vollendet? Die Unfähigkeit der Berliner Politik, sich im Sinne einer kraftvollen Gebietskörperschaft eine konstitutionelle gesamtstädtische Mitte zu gestalten zeigt deutlich, dass eine starke Mitte nicht gewollt ist. Berlin soll glauben, dass es entgegen seiner Verfassung aus den Bezirken und mit den Bürgern mehr von unten als von oben regiert wird. Für viele ein sympathischer Gedanke, aber es stimmt so nicht. Hier stößt die Verwaltungsreform unter den politischen Parteien auf ein kardinales Verständnisproblem. Ein zentral gesteuertes „Groß-Berlin“ muss doch in seinen Bezirken und Ortsteilen nicht auf Vielfalt und Mitbestimmung verzichten.

Mit der Erinnerung an Stadtbaurat Martin Wagner und seinen Einsatz für den kommunalen Wohnungsbau soll dieser Ausblick enden. Damals wie heute ist die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum eine zentrale Aufgabe. Damals wie heute ist der soziale Friede durch fehlende Wohnungen, durch Gentrifizierung und Verdrängung gefährdet. Damals wie heute gehören Sozial- und Nutzungsmischung zum Berlin-typischen Wohnquartier. Mietpreisbremse, Erhaltungssatzung und Zweckentfremdungsverbot mögen vorübergehend nützliche Instrumente sein. Sie ersetzen aber keine vorwärts gerichtete Stadtentwicklung. Wenn die Stadt auf 4,5 Millionen Bewohner zusteuert, muss neu geplant und gebaut werden. Ob Berlin mit den gegenwärtigen politischen Strukturen fähig und willens ist, die Stadt tatkräftig weiterzuentwickeln, lässt sich jedoch bezweifeln. Dies alles umzusetzen, ohne dass es den Anrainern groß auffällt, ohne dass sich viel verändert, ist nach Lage der Dinge nicht möglich. Sollte die Verwaltungsreform den Bezirken erlauben, jedes unliebsame Bauprojekt zu torpedieren, ist es mit Stadtentwicklung und gesamtstädtischen Interessen nicht weit her. Mit dem dramatischen Anstieg von Bodenpreisen, Mieten und Lebenshaltungskosten steht für Berlin viel auf dem Spiel. Das Offene und Kreative als weltweites Markenzeichen, der lockere Lebensstil drohen verloren zu gehen. Wie bei einer Self-fulfilling Prophecy werden Senat und Bezirke durch ihr Missmanagement und zaghaftes Handeln genau das befördern, was sie unbedingt vermeiden wollten.

Rolf Ludwig Schön  
 Fachjournalist, Autor und Berater, langjähriger Leiter des Bauzentrums München, Mitinitiator der Fachmesse ExpoReal, München